

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

287 (9.12.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 Pf. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe u. Bestellgebühr, monatl. Einzelzempl. 25 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1/2spaltige Kolonelle 1.—M. Die 1/4spaltige 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/29 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Völkerverbundversammlung in Genf

Mißstimmigkeiten im Völkerverbund

Genf, 8. Dez. In der Mittwochssitzung der Völkerverbundversammlung, die sich mit dem Bericht über das Verhältnis der technischen Organisationen zu der Versammlung und dem Völkerverbund beschäftigt, kam es scharfen Angriffen auf diese Organisationen, durch den kanadischen Delegierten Rowell, deren Ziel die Erklärung war, daß Kanada sich nicht mehr finanziell an den europäischen Jankereien beteiligen könne. Der Australier Mille unterließ jedoch, während der Pause und vor ihm die Bestimmungen des Völkerverbundes entgegenzusetzen. Nach einer Diskussion wurde der Bericht zu einer neuen Besprechung mit den Delegierten, die damit nicht einverstanden sind, an die Kommission zurückgewiesen.

Genf, 8. Dez. Die Sitzung der 6. militärischen Kommission, welche gestern mittag die Frage der Zwangsmaßnahmen der Völkerverbundblockade beriet, zeigte deutlich, wie die Idee einer internationalen wirtschaftlichen Waffe gegen Friedensbrecher von der Versammlung und dem Völkerverbund abgelehnt wurde. Die Kommission schloß sich dem Vorschlag der Unterkommission an, welcher jedoch selbst nur als Provisorium und Notbehelf gedacht ist, konnte in der Blockadefrage keine Einigung erzielt werden. Nach wie vor bleibt in Dunkel gehüllt, wer gemäß Artikel 16 der Statuten entscheiden soll, wenn der Blockadefall eingetreten ist. Obenstunnt erscheint die Frage, ob die etwa dem Völkerverbund überlassene Entscheidung einstimmig oder nicht erfolgen müsse, wobei die Frage, ob ein an der Entscheidung interessierter, aber im Völkerverbund vertretenen Staat in eigener Sache mitstimmen darf. Ferner ist ungeklärt, ob der Völkerverbund einstimmig entscheiden muß oder jeder einzelne Staat das Recht behält zu entscheiden, ob im gegebenen Falle die Aufforderung zur Blockade ausreicht oder nicht. Alle diese Fragen liegen im Dunkel und der offenen Behandlung wird der größten Sorgfalt aus dem Wege gegangen, weil jedermann fühlt, daß eine öffentliche Besprechung einer Panzerkollisionsfrage der Institution gleich käme.

Zusammenkunft der technischen Sachverständigen in Druseil

Druseil, 8. Dez. Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt worden, als Antwort auf die Einladung der französischen Regierung eine Note zu übergeben, in der die deutsche Regierung den Empfang der Note vom 5. ds. Mts. wegen einer Zusammenkunft technischer Sachverständigen in Druseil bestätigt. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen, daß diese Zusammenkunft die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles geschuldeten Reparationen vorbereitend prüfen soll. Die deutsche Regierung wird die Herren Staatssekretäre Bergmann und Hart Friedländer, sowie als ihre Delegierten zu der Zusammenkunft entsenden. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft in Druseil an der Konferenz, die in der Schlichtung der Konferenz von Spa zur Klärung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorbehalte vereinbart ist, nichts geändert wird. Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung auch Ernennung ihrer Delegierten Bergmann und von Siemens weiter an folgende Persönlichkeiten die Aufforderung ergeben lassen, sich zur Beratung der Delegierten für die Dauer der Konferenz nach Druseil zu begeben: Generaldirektor Caus, Generaldirektor Döggler, Reichsbankpräsident v. Haubach, Dr. Karl Meißner, Direktor von Stauß, holländischer Staatsrat von Meinel, Geh. Oberregierungsrat von Loewen, Professor Duan sowie ein Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Internationale Truppe

Genf, 8. Dez. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen umfaßt die internationale Truppe bis jetzt 300 französische, 300 englische, 300 spanische, je 100 belgische, dänische, schwedische und 50 italienische Soldaten sowie einige Offiziere.

Die Beamtenforderungen

Verhandlungen mit den Eisenbahnern. — Proteste gegen das Streikverbot

Berlin, 9. Dez. (Privattelegramm.) Die zwischen dem Eisenbahnerverband und der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen sind den Klärern zufolge bisher zu Beschüssen nicht gelangt. Eine Klärung der Verhältnisse dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, hat die Regierung bisher aus dem Reich keine beunruhigenden Berichte über eine neuerliche Aufstandsbewegung der Eisenbahner erhalten. Nur in Wien sei die Bewegung in ein radikales Fahrwasser geraten. Das bayerische Verkehrsministerium habe nach einer Mündlicher Meldung des gleichen Ministeriums erklärt, daß es unter keinen Umständen einer Aufforderung zum Streik folgen werde.

Berlin, 9. Dez. (Privattelegramm.) Der Zentralverband der deutschen Post- und Telegraphenbediensteten, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Verband der deutschen Post- und Telegraphenarbeiter, sowie Handwerker und der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals wenden sich in einer Protesterklärung gegen das Streikverbot des Reichspostministers. Die Erklärung besagt, daß das Vorgehen des Ministers einen Verstoß gegen das Koalitionsrecht und die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bedeutet und schließt mit den Worten: „Wir den mit Recht erhobenen Forderungen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nicht Rechnung getreu, dann sehen wir uns gezwungen, von dem uns zutreffenden Streikrecht gegen den Erlaß dieser Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.“

Die Einziehung des Reichsnotopfers

Berlin, 8. Dez. Die sozialdemokratische Reichsstandsfraktion hat beschlossen, der Vorlage betreffend die rasche Erhebung des Reichsnotopfers zuzustimmen und jede Abmilderung abzulehnen. Die Stellungnahme zur Zwangsanleihe wird vorbehalten. Im Steueransatz soll ebenfalls auf schnellste Erhebung der Beiträge und auf Eindämmung des Luxus gedrungen werden.

Die Deutschen Kohlenlieferungen

Berlin, 9. Dez. Die Verhandlungen mit der Reparationskommission betr. Fortsetzung der Kohlenlieferungen nach Absatz des Spa-Abkommens haben in Paris wieder begonnen. Von deutscher Seite sind beteiligt: Staatssekretär Bergmann, Generaldirektor Düggeler, Direktor Luebsch und Direktor Ballmisch, sowie als Vertreter der Teilnehmer die Herren Steger und Franz Schmidt.

Französische und belgische Staatsaufträge an Deutschland

Berlin, 9. Dez. Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ ist Frankreich mit einer Bestellung von 20 000 Eisenbahnwagen an deutsche Fabriken herangetreten. Es handelt sich bei dieser Bestellung um Eisenbahnwagen französischer Bauart. Sie sollen teils in der, teils durch Austausch gegen die an Frankreich auf Grund des Friedensvertrages gelieferten deutschen Eisenbahnwagen, die auf den französischen Eisenbahnen nicht benutzt werden können, bezahlt werden. Auch aus Belgien ist ein Auftrag für Eisenbahnwagen eingegangen.

Keine Beschlagnahme von Wohnungen in Neubauten

Berlin, 8. Dez. Von Reichsarbeitsminister wird mitgeteilt, den Gemeindevorständen wurde bisher auf Antrag regelmäßig das Recht erteilt, auch Räume von Neubauten zur Unterbringung Wohnungsloser zu beschlagnahmen. Nach den gemachten Erfahrungen hat diese Verordnung vielfach dem Zweck auf den Antrag zur Herstellung neuer Wohnungen abgesehen. Der Reichsarbeitsminister hat daher bei den Landesregierungen angeordnet, anzuordnen, daß die auf Grund der Wohnungsmangelgesetzes erlassene Verordnung auf Räume in Neubauten keine Anwendung finden könne. Wohnungen in Neubauten werden hiernach der Beschlagnahme nicht unterliegen.

Sächsischer Landtag

Dresden, 7. Dez. Der neugewählte sächsische Landtag trat heute nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten traten auf den Vorschlag von Dr. v. Scharf (Soz.), der auch Präsident der alten Volkskammer war, 92 von 95 abgesprochenen Stimmen. Präsident ist damit zum Präsidenten gewählt. Er nahm die Wahl an. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Abg. Dr. Wagner (Soz.) mit 77 und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. v. Sanger (D. W.) mit 79 Stimmen gewählt. Beide nahmen ebenfalls die Wahl an.

Unsere Zuckerproduktion

Berlin, 8. Dez. In wirtschaftspolitischen Ausguss des Reichswirtschaftsrates machte Kommerzienrat Anschutz Mitteilung über die Zuckerernte. Im vorigen Jahre betrug sie knapp 14 Millionen Zentner, in diesem Jahre 20 Millionen, vielleicht sogar 24 Millionen Zentner. Diese Ernte genügt für die Bedürfnisse des Inlandes. Eine weitere Steigerung bringt uns dem Zeitpunkt näher, wo wir Zucker ausführen und damit einen Teil der Einfuhr ausgleichen können.

Arbeitsdienstpflicht in der Schweiz

Bern, 8. Dez. In Schweizer Nationalrat wurde ein Antrag eingebracht, der die Einführung einer sechsmonatigen Arbeitsdienstpflicht für die gesamte schweizerische Jugend verlangt.

Zwangsabrüstung Deutschlands

London, 8. Dez. Laut einer amtlichen Meldung vollzieht sich bis jetzt die deutsche Abrüstung in folgenden Rahmen: Abgelieferte Kanonen 80 500, gerüstete Geschütze 27 250, abgelieferte Mörser 6100, gerüstete Mörser 7300, Maschinen-gewehre wurden abgeliefert 305 100 Stück, zerlegt 48 000, an Gewehren 2 124 000 abgeliefert, zerlegt 2 206 000. Außerdem wurden 6000 im Bau begriffene Geschütze zerlegt. Die deutsche Regierung setzt die Sammlung und Zerstörung einer großen über das Land hin verstreuten Menge von Geschützen fort. Das Material wird der Internationalen Kontrollkommission abgeliefert. Bis jetzt wurden 405 Mill. Gewehrpatronen abgeliefert und 70 Mill. zerlegt. In Oranien wurden 32 Mill. Stück abgeliefert, wovon 18 Mill. zerlegt wurden.

Oesterreichische Bundespräsidentenwahl

Wien, 9. Dez. Gestern vormittag trat die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten der Republik Oesterreich zusammen. Die Christlich-Sozialen, die Sozialdemokraten und Großdeutschen gaben ihre Stimmen für ihre Parteikandidaten ab. Der Christlich-Soziale Kleinrad erhielt 103, der Sozialdemokrat Reiss 85 und der Großdeutsche Dinghofer 27 Stimmen. Da trotz des dreimaligen Wahlganges kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten konnte, wurde die Sitzung bis 6 Uhr abends unterbrochen. Um 6.10 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Im vierten Wahlgang wurden 218 Stimmen abgegeben, davon 218 gültige. Die absolute Mehrheit betrug 110. Es entfielen auf Kleinrad 103, Reiss 85 und Dinghofer 27 Stimmen. Präsident Weiskirchner unterbrach hierauf die Sitzung auf eine halbe Stunde und lud die Parteien zu neuen Verhandlungen ein. Der fünfte Wahlgang ergab ungefähr das gleiche Ergebnis wie vorher, desgleichen der sechste. Nachdem die hierauf aufgenommenen Besprechungen der Parteien ergebnislos verliefen, vertagte man die Sitzung.

Parteien und Parteitage

Unsere unabhängigen Freunde werden es nicht wahr haben wollen, aber jeder, der politisch überhaupt mitarbeitet, wird es aus eigener Erfahrung bestätigen können: seit die Unabhängigen die kommunistischen Radikalen losgeworden sind, ist die U. S. P. eine andere Partei geworden. Sie hält gewiß formell an dem Leipziger Aktionsprogramm fest, aber doch nur in dem Sinne, wie die Deutsche Volkspartei an der Monarchie, das heißt als lösende Schlussphase einer sonst langweiligen Agitationskampagne. Jedenfalls haben die Unabhängigen jede politische Tatkraft nimmend aufgegeben, das Schimpfen und Verleumdungen hat ziemlich aufgehört, und man kann menschlich und politisch mit den Unabhängigen wieder zusammenarbeiten. Dieser Wandel zeigt keine erfreulichen Wirkungen sofort bei der Regierungsbildung. Unsere Genossen in Sachsen brauchen weder die Macht in die Hände der Bürgerlichen zu legen noch sich mit der Deutschen Volkspartei an einen Tisch zu setzen; sie werden mit den Unabhängigen eine Regierung bilden, werden für die Wahl des Ministerpräsidenten die kommunistischen Hilfstimmen erhalten und sich im übrigen die notwendige Mehrheit bald bei den Demokraten, bald bei den Kommunisten verschaffen können. Unsere Genossen Bud, Schwarz und Dr. Karnisch bleiben voranschreitend Minister, und sie können danach auch früher wohl nicht solche Scheufächer und Arbeiterverräter gewesen sein, wie die Unabhängigen vielfach behauptet haben, wenn diese sich jetzt mit ihnen in ein Ministerium zusammensetzen.

Auch in Bremen ist angefangen der veränderten Verhältnisse eine Regierungskrise ausgebrochen. Unabhängige und Sozialdemokraten verfügen dort über 59 Stimmen gegen 56 bürgerliche, und sie scheinen gewillt, einen akuten Konfliktfall dazu zu benutzen, um die bürgerliche Regierung zu entfernen und selbst die Leitung der Geschäfte wieder in die Hand zu nehmen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Herke und Lipinski von dem Moskowiternum gründlich geheilt sind und daß es mindestens für einige Zeit möglich sein wird, mit ihnen praktische Politik zu treiben.

Zwischen hat sich der linke Flügel der Unabhängigen, die Kommunisten, mit den Altkommunisten (K. P. D.) zu den Vereinigten kommunistischen Parteien (V. K. P.) zusammengeschlossen. Viel Schwung und Stimmung hat auf dem Vereinigungsparteitag nicht beherrscht. Weder die weltpolitischen Phantasien des Dr. Levi noch die innerpolitischen Waffentrennung Däumigs haben die Zuhörer warm werden lassen, und bei dem Agrarprogramm wurde es gar schüchtern. Man hat auch bei den Kommunisten eingesehen, daß sich die Agrarfrage nicht mit dem Schlagwort Sozialistische Lösung lösen läßt und will deshalb aus Verdrüssenen Opportunismuspolitik treiben. Natürlich wird mit radikalisiertem Scharfsmut bewiesen, daß diese Opportunismuspolitik allein echt revolutionär sei, denn die sozialistische Revolution könne in Deutschland nur siegen, wenn man den Bauer mindestens neutralisiere. Wir fürchten, dann werden die Kommunisten auf ihre Revolution noch recht lange warten müssen. Einstweilen ist dieser Auseinandersetzung nur ein Heilerfolg sicher. Wenn Dr. Schwarz-Kiel, der vor einem halben Jahre als Dr. Schwarz-Chemnitz ein mehrheitssozialistisches Mandat erstrebte, aber nicht erhielt, jetzt als kommunistischer Parteisekretär anseinerertritt, Opportunismus vor der Revolution sei echt marxistisch, Opportunismus nach der Revolution Verrat, so wird man ja nicht leugnen können, daß der Mann sich auf persönlichen Opportunismus ausgezeichnet versteht; aber sachverständig in sozialistischen Fragen ist er schon viel weniger. Die Organisation der Kommunisten ist jedenfalls der unterer Partei aufs sorgfältigste abgelauscht.

Ob nicht auch den Kommunisten dämmert, daß ihre kapitalistischen Gegenspieler, die Herren von der Deutschen Volkspartei, die jetzt in Nürnberg Parteischau hatten, viel tüchtiger sind. Die Leute verfolgen praktische Ziele mit praktischen Mitteln und erreichen etwa für ihre Kapitalistenoffen. In Nürnberg haben sie die Teilnahme an der Regierung widerstandslos gut geheißen, und wir glauben den Kapitalisten gern, daß die Kautner und Scholz für sie wertvoll sind. Als nächste Ziele wurden aufgestellt ein Ausnahmegesetz gegen die Streiks, die Ueberwindung des „Dogmas von Achtundtags“, und ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten. Den Kommunisten soll das Wahlrecht genommen werden, ein Aberwitz, zu dem sich selbst Bismarck in der Zeit des Sozialistengesetzes nicht vertragen hat. Das wäre allerdings ein unfehlbares Mittel, um das gestrandete Schiff des Kommunismus wieder auf die hohe See zu bringen. Die Verlängerung der Arbeitszeit und das Verbot des Streiks zunächst in den lebenswichtigen Betrieben richtet sich unmittelbar gegen die gesamte Arbeiterklasse. Weniger als irgendein anderer Parteiführer wird ein Mehrheitssozialist bestritten, daß auch die Arbeiter sich den Forderungen des Gemeinwohls unterordnen müssen, aber das setzt voraus, daß man ihnen auch ohne Streik in gerechter Würdigung die Lebensmöglichkeit sichert. Bei der heutigen Wirtschafts- und Ernährungs-

politik, bei dem überstürzten und planlosen Abbau der Zwangswirtschaft und den fortwährend steigenden Preisen ist der Arbeiter zu neuen Lohnforderungen und nötigenfalls zu Streiks unaufhörlich gezwungen. Die Deutsche Volkspartei hat die arbeitende Bevölkerung bisher nur bedrückt können; sie hat auch nicht den leinsten Versuch gemacht, sie zu befriedigen.

Noch nennt die „Tägliche Rundschau“ die Deutsche Volkspartei stolz die Partei des Wiederaufbaues. Was hat sie wieder aufgebaut? In Preußen den Hohenzollernthron und in Latein den freien Lebensmittelwucher, sonst nichts. Die Schulden des Reiches hat sie um 50 Milliarden vermehrt, in der Druckerei von Baviern einen unter feiner früheren Regierung auch nur geahnten Rekord erreicht, das Defizit der Eisenbahnen und der Post verdoppelt und nichts für die Beseitigung der Wohnungsnot, nichts für die bessere Bestellung der Meeres unternehmen.

Jeder Vereinigte Kommunisten noch Deutsche Volkspartei, weder kurierete Unabhängige noch selbstmordlustige Demokraten werden Werbekräfte entfalten können. Die Entscheidung fällt zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und den Deutschnationalen auf der andern Seite. In diesen beiden Parteien treten sich die großen Gegensätze der Zeit lebhaft gegenüber, und das Volk muß wählen, ob es zurück will zur Monarchie, zu neuer Kriegshetze und alter Ausbeutung oder vorwärts durch Demokratie und Frieden zu planvoller Sozialisierung.

Die Volkswirtschaften und die Unabhängigen

Unter der Überschrift „Ein schmieriger Verteilender“ berichtet die unabhängige „Freiheit“ über die Schrift („Zwölf Tage in Deutschland“), die der bolschewistische Seapostel Sinowjew (sein richtiger Name ist Adelsbaum) über seine Eindrücke auf dem unabhängigen Parteitag in Halle gewonnen haben will. Sinowjew-Apfelbaum urteilt über die unabhängigen Führer u. a. wie folgt nach der „Freiheit“:

Hilferding:

... Kautsky bleibt immer noch in seiner Art ein ehelicher Opportunist; aber bei seinem würdigen Schüler Hilferding findet man neben einer gelehrten Redanterie hart ausgeprägte Züge eines betrügerischen Vorkämpfers. Wenn Kautsky die proletarische Revolution bekämpft, so sucht er seine Anregungen hauptsächlich in den Büchern. Hilferding jedoch versteht es, diese Anregungen auch aus dem Vortrage eines englischen Diplomaten, aus dem Kabinett eines Vandalen und, wenn nötig, auch aus noch anrüchlicheren Stellen zu holen.“ (S. 13-14.)

Dihmann:

... Wenn Dihmann nach keine Arbeiter niedergeschossen hat, so nur deshalb, weil er bisher keine Gelegenheit dazu hatte. Aber Dihmann spürt schon den Geruch des Arbeiterblutes, er freut sich schon im Voraus auf den Augenblick, wo er Minister wird und die Möglichkeit erlangt, mit der kommunistischen Kanaille abzurechnen.“ (S. 24.)

Crispien:

... Auf dem Parteitag in Halle haben wir nicht den scheinheligen Crispian gesehen, sondern den Crispian, der sich mit Händen, Füßen und Zähnen an die Macht klammert, und der seine Niederträchtigkeit scheut um diese Macht zu behalten. ... Von Scheidemann unterscheidet sich Crispian nur dadurch, daß jener blond und dieser dunkelblond ist.“ (S. 23.)

Rebebour:

... Viele haben bisher Rebebour einfach für einen alten Donauwirth gehalten. Aber nach allem, was wir geschilbert haben, ist es klar, daß er nicht bloß ein Donauwirth, sondern ein blutdürstiger Handwirth ist.“ (S. 24-26.)

Rosenfeld:

... Gestern war er für die Linken, heute ist er für die rechten Unabhängigen. Gestern war er bereit, das eine zu beweisen, heute wird er bereit sein, mit tändelnder Stimme genau das Gegenteil zu beweisen.“

In der gleichen Tonart werden Luffe, Biele, Alpink u. a. von Sinowjew geschilbert.

Die unabhängige „Freiheit“ beantwortet die Südelchrift des hegerischen Sowjetapostels wie folgt:

„So sieht also der Bursche aus, der an der Spitze der dritten Internationale steht. Dieser Lump, der uns beschimpft,

um sich, als er politische Unannehmlichkeiten hatte an uns heranzuschleichen und um unsere Intervention zu bitten, der Rebebour und Rosenfeld nach Halle anbot, sie in seine Internationale aufzunehmen, beschwindelt und betrügt bewußt die russischen Arbeiter. Er kann das, weil der bolschewistische Terror verhindert, daß die Arbeiter die Wahrheit erfahren. Und so nützt er die Lage zu Schmutzabweisungen aus, die den Lumpen in der Gesellschaft anständiger Menschen für immer unmöglich machen.“

Wir verstehen es, wenn das unabhängige Blatt die wirklich niedrigen Herunterreichereien des Sowjetagenten schorri zurückweist. Aber, die deutschen Unabhängigen haben Jahre hindurch, als sie noch glaubten, sie werden die Mehrheit der Arbeiter für sich gewinnen können, ziemlich ähnlich über mehrheitssozialistische Führer geschrieben und gesprochen und dadurch die so unglückselige Verbeugung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft angerichtet. Nun sind, nach all den schmerzlichen Niederlagen, die Unabhängigen wieder zahn und logat materiell geworden. Im tosenden Strudel des von ihnen verübten hohlerfüllten Bruderkampfes sind sie elendiglich gezeichnet. Charakteristisch für die russischen Bolschewisten ist es, daß zu gleicher Zeit, wo sie, wie oben gezeigt, die deutschen Unabhängigen so herunterreißen, den Armenierhändler Ewer Pascha in der neukommunistischen „Internationale“ wie folgt verberlichen:

„Ewer Pascha ist nicht nur ein hervorragender Soldat, sondern auch ein Politiker, dem man alles mögliche sonst zum Vorwurf machen kann, nur nicht die Kahlheit, wie auch nicht die Fähigkeit, sich für kommunistische Revolutionen zu begeistern. Ewer Pascha ist ein mit der Weltpolitik wohlvertrauter Mann. ... Er hat die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des deutschen Kapitalismus aufgegeben, ist gleichzeitig auch zu der Überzeugung gelangt, daß das herrschende Entente-Kapital sich in der Epoche seines Zerfalls befindet, von dem es sich nicht wieder erholen können wird. Daher hat Ewer Pascha, ohne Kommissariat zu sein, seine gewaltige Autorität, die er bei der muslimänischen Bevölkerung in der ganzen Welt genießt, für einen Bund zwischen den Massen im Orien und Sowjet-Rußland in die Politik geworfen. Wie vorsichtig und mißtrauisch die Kommunisten sich gegenüber dem früheren türkischen Oberbefehlshaber auch verhalten mögen — sein Auftreten ist von gewaltiger symbolischer Bedeutung. Es zeigt, wie ein kluger Vertreter der im Osten herrschenden Situation erzwungen ist, den Versuch zu machen, sich auf die Seite der Wertlosen zu stellen, wenn er die Befreiung seines Landes herbeiführen will.“

Und diese Leute, die militärische Massenmorde verherrlichen, Sozialisten aber herunterzerren, schwindeln uns vor, sie wollen uns die Freiheit und soziale Wohlfahrt bringen.

Die vereinigte Parteidiktatur

Der Einigungsparlament der Alt- und Neukommunisten hat bewiesen, daß er die 21 Punkte Moskauer Memorandum in sich aufgenommen hat. Er hat sich ein Organisationsstatut gegeben, das in allen wesentlichen Punkten der Moskauer Forderung auf Errichtung einer Parteidiktatur nach innen entspricht. Solange man nach außen hin noch nicht terrorisieren kann, fängt man es eben nach innen an. Man hat freilich der Diktatur noch ein demokratisches Mantelchen umhängen gesucht, aber es ist mehr als fadensteigend. Wenn Jaenen als Referent die osterie Gewalt des Parteitags als Konzeption an den Geist der Demokratie verklärte, so ist das eine bloße Redensart. Denn der Parteitag tagt schließlich eine Woche im Jahr. Während der übrigen 51 Wochen aber herrscht unangefochten der Zentralausschuß. Gemäß dem Moskauer Gebot ist die gesamte politische und faktische Führung der Parteipresse dem Zentralausschuß unterstellt worden, der ohne weiteres jede Redaktion und jeden Mediateur herauswerfen kann, mit dessen Schwelgerei er nicht einverstanden ist. Was Wachtel ist, bestimmt allein der Zentralausschuß, Mediateure, Abgeordnete usw. haben nur ein Amt und keine Meinung.

Noch wichtiger als die Rolle der Redakteure ist die der Abgeordneten und Parlamentarier in der künftigen kommunistischen Partei. Sie müssen schon am Tage ihrer Wahl Manifeste formulieren unterzeichnen und bei der Parteizentrale hinterlegen, in denen ihr Mandatsbereich ausgesprochen wird. Ohne Zutun des Abgeordneten selber kann die Zentrale ihm jederzeit sein Mandat entziehen, indem sie das bei ihr hinterlegte Manifest an das Büro des Parlaments einleitet. So kann es künftig passieren, daß ein kommunistischer Abgeordneter ganz ahnungslos das Parlament betritt, um dann vom Präsidenten die Frage zu hören, was er eigentlich wolle, sein Mandatsverzicht sei doch bereits eingelaufen. Wir schlagen dieses Verfahren noch zur weiteren Verwirklichung vor: im künftigen Sowjetstaat sollte

nach sich sammeln und den Herrschaften gegemeind die Familie ihres Bruders vorstellen konnte, hatte die runde Frau schon einen Zipfel von des Herzogs Mantel gefaßt und ihn an die Lippen gedrückt. „Guten Abend, Herr Herzog“, sprach sie dazu mit tiefen Knicken: „wie gut ich's, weil er wieder in Schluagenert sein? Mei Wa loht lisch ich grüßen; mer komme aber et zum Herr Herzog, noi, zu dem Herr dort drübe wolle mer. Wer bent a Hochzeitliche für sei Herr. Do list se so, ganz Värbele, lang's aus em Krätzle.“

„Ahl Du lieber Gott“, fiel Frau Josef ihrer Schwägerin ins Wort: „Mitt' untertänigst um Verzeihung, Euer Durchlaucht, daß ich die Seuil' reingebracht habe; 's ist Frau und Kind vom Pfister von Hardt. Ahl Du Herrgott, nehmet doch nichts übel, Herr Herzog; die Frau meint's g'woß gut.“

Der Herzog lachte mehr über diese Entschuldigung der Frau Josef als über die Reden ihrer Schwägerin: „Was macht denn dein Mann, der Pfister? Wird er uns bald besuchen? Warum kam er nicht mit Euch?“

„Eell hot sein Grund, Herr!“ erwiderte die runde Frau: „Wenn's Krieg zeit, bleibt er a'woß net aus; da ta mer'n fraude; aber im Frieden? Noi, do denkt er, mit graunze Herrt list's net gut Krätzle freia.“

Frau Josef wollte beinahe verzweifeln über die Naivität der runden Frau, sie zog sie am Rock und am langen Kopfband, es half nichts, die Frau des Pfisters sprach zu großer Ergebung des Herzogs und seiner Gäste immer weiter, und das unaussprechliche Gefühl, das ihre Antworten erregten, schien sie zu erheben, um jenes Gesicht wieder zu sehen, das im Rieder der Kränzel so oft an ihrem Busen gerührt und in ihren treuen Armen Ruhe und Schummer gefunden hatte, jenen Mund wieder zu sehen, den sie so oft heimlichgerweise mit ihren Lippen berührt hatte und jene Augen, deren Klarer, freundlicher Strahl ewig in ihrem Gedächtnis fortglühete. Sie erhob ihre Blide immer wieder von neuem, doch, wenn sie bis an jenen Mund gekommen waren, schlug sie sie wieder — aus Furcht, seinem Auge zu begegnen — herab.

„Siehe, Marie“, hörte sie ihn sagen, „das ist das gute Kind, das mich pflegte, als ich krank in ihres Vaters Güte lag, das mir den Weg nach Nichtenstein zeigte.“

*) Erzählen Nominativ Erzähle = Erzählst.

jedermann gleich sein Todesurteil mit Blankunterzeichnung bei der Regierung hinterlegen, die dann in dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt Gebrauch macht.

Der Referent Jaenen führte an, daß jede Opposition in der Partei energisch unterdrückt werden müßte. Wie lächerlich solch Unterfangen ist, hat die Agrardebate vom Tage vorher gezeigt. Da waren auch nicht zwei Redner miteinander einig. Dem Referenten Jaenen wurde vorgeworfen, daß sein Referat dem kommunistischen Prinzip Hohn spreche und Hülferdingen Geist atme. Ein Redner erklärte, daß ohne Bauern die Sowjet-Republik nicht möglich sei, und der andere erklärte, daß die Bauern die gesdornenen Feinde der Sowjetrepublik seien. Solchen Meinungskampf wird es künftig nicht geben dürfen.

Bei der Abstimmung über das Organisationsstatut wurde gleich gezeigt, daß es ernst war: eine Debatte wurde verhindert. Die Opposition lachte über Vergewaltigung, Schöbung, Schurerei und Parteibögen, aber man kann ihr nur antworten: Ihr habt's ja so gewollt, es ist Kommunisten-Art.

Die sozialistische Regierung in Sachsen

Ueber die Verhandlungen, die zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung in Sachsen führten, berichtet die „Freiheit“:

Am Sonntag tagte in Dresden die Landesversammlung der sächsischen Rechtssozialisten, um zur Regierungsabstimmung Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran trat die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens zusammen.

Die erste Unterlage für die Bildung einer sozialistischen Regierung war durch die Erklärung der Kommunisten geschaffen. In einem Schreiben antworteten sie auf die Anfrage der beiden sozialdemokratischen Parteien, daß sie nicht bereit seien, in eine sozialistische Regierung einzutreten. Auf die zweite Frage, ob sie gewillt seien für den von beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgelegten Ministerpräsidenten zu stimmen und zu vermeiden, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt werde, gaben sie folgende Antwort: „Ja, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Frage 2 sich ebenfalls auf eine rein sozialistische Regierung bezieht.“ Das Schreiben setzt dann noch hinzu: „Nur um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen sei nochmals betont, daß die Antwort auf Frage 2 aus seiner Verbindung verpflichtet, die außerhalb wirklich revolutionärer sozialistischer Politik liegt. Andere Stellungnahme für unser zukünftiges Verhalten ist Ihnen aus den Ausführungen Branders bekannt.“

Darauf hatte die Landesversammlung der Rechtssozialisten beschlossen, unserer Partei drei von den sieben Ministerposten zuzugestehen, und zwar die Ministerien der Finanzen, des Kultus und des Arbeitsministeriums. Als Ministerpräsident würde sie den bisherigen Inhaber dieses Postens Bud vorschlagen. Die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie konnte diesen Vorschlag jedoch nicht annehmen, er hätte vielmehr, daß der Partei das Ministerium des Innern, das zunächst der Ministerpräsidentenamt wichtigste politische Amt, zugestanden werden müßte. Ueber die Verteilung der anderen Ministerien lasse sich reden.

Die Fraktion und die Parteinstellen der Rechtssozialisten traten hierauf nachmittags 4 Uhr zu neuer Beratung zusammen und gelaufen nach längerer Verhandlung diese Forderung zu. Von den der U.S.D. angebotenen Ministerien nahen sie dafür das Finanzministerium in Anspruch. Auf dieser Basis wurde das Abkommen zwischen beiden Parteien abgeschlossen.

Soziale Rundschau

Weihnachten

Das fest praktische Liebestätigkeit, beschäftigt in den kommenden Wochen die Gemüter. Wie bereiten wir den uns liebsten, unseren Frauen und Kindern eine Freude, die dauernd wirksam ist? Das tun wir am besten durch die Sicherstellung ihrer Zukunft, wie sie die Volkswirtschaft fordert. Welche Freude für das Kind, wenn es weiß, für die Konfirmation, zur Aussteuer oder für eine spätere Selbstständigmachung ist der Grundstock gelegt. Oder soll etwa die Frau traurig sein, wenn der Mann an den schlauesten Fall, das Hinsichende, gedacht und ihr die ganze Frage beantwortet hat? Was wird nun aus uns? Diese Sorgen nimmt die Volkswirtschaft allen ab, die rechtzeitig den Weg zu ihr finden. Sie erleichtert das Los der Schwachen und Traurigen und läßt auch durch ihre Herzen einen Funken der Freude zelehen. Deshalb ist und bleibt eine Verwirklichungspolize der Volkswirtschaft das praktische Weihnachtsfest, weil aus ihm wirklich getätigte Liebe auch für die Zukunft spricht.

Marie wandte sich um und ergriff gütig ihre Hand; das Mädchen zitterte, und ihre Wangen färbte ein dunkles Rot; sie öffnete ihr Ährchen und überreichte ein Stück schöner Leinwand und einige Bündel Nads, so fein und zart wie Seide. Sie befuhrte zu sprechen, aber umsonst, sie küßte die Hand der jungen Frau, und eine Träne fiel herab auf ihren Fingerring.

„Ei, Värbele“, schalt Frau Josef, „sei doch nicht so schüchtern und ängstlich. Gnädiges Fräulein — wolle sagen, gnädige Frau, hobt Nachsicht, sie kommt selten zu vornehmen Leuten. Es ist niemand so gut, er hat zweierlei Mut, heißt es im Sprichwort. Das Mädchen kann sonst so schönlich sein wie eine Schwalbe im Frühling.“

„Ja danke dir, Värbele!“ sagte Marie. „Wie schön deine Leinwand ist! Die hast du wohl selbst gesponnen?“

Das Mädchen lächelte durch Tränen; sie nickt ein Ja! — zu sprechen schien ihr in diesem Augenblick unmöglich zu sein. Der Herzog drehte sie von dieser Verlegenheit, um sie in eine noch größere zu ziehen. „Wahrhaftig, ein schönes Kind hat Hans der Spielmann“, rief er aus und wählte ihr, näher zu treten. „Hoh gewachsen und lieblich anzusehen! Schaut nur, Herr Kanzler, was ihr das rote Nieder und das kurze Mädchen gut anseht; wie? Ambrosius Bolland, meinst du nicht, wir könnten durch ein allgemeines Gift diese niedliche Tracht auch bei unsern Schönen in Stuttgart einführen?“

Der Kanzler verzog sein Gesicht zu einem grenlichen Lächeln; er betrachtete das erröte Mädchen mit seinen Augenlein vom Kopf bis zu den Füßen. „Man könnte zum Grund angeben“, sagte er, „daß dadurch eine Elle in der Länge erspart würde. So gut Euer Durchlaucht vor einigen Jahren das Maß und Gewicht hat kleiner machen lassen, habt Ihr nach allen Regeln der Logik auch das Recht, dem Frauenszimmer die Modellen zu verkürzen. Wäre aber damit nichts gewonnen, denn — hi, hi, hi! Schaut nur, was dort wegfiel, müßten dann die hiesigen Schönen oben wieder ansehen. Und wer weiß, ob sie sich gerne dazu bereden?“ Sie schloß zum Geschlecht der Frauen, und Ihr wißt schon, daß diese nicht gerne auf ihre Reine sehen.“

„Sagt recht, Ambrosius“, lachte der Herzog. „Es geht doch nichts über einen gelehrten Herrn! Aber sag' einmal, Kind, hast du auch schon einen Schatz? Einen Liebling?“

„Ei was, Euer Durchlaucht!“ unterbroch ihn die runde Frau. „Wer wird so etwas doch so emma finden! Se ist's a ehelichs Mädie, Herr Herzog!“

(Fortsetzung folgt.)

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

„Das ist wahrhaftig die Stimme der Frau Josef!“ flüsternte Nichtenstein seinem Sawiegerjohn zu. „Gott weiß, was sie wieder für Geschichten hat.“

Der Herzog schickte einen Diener hin, um zu erfahren, was das Mädchen zu bedeuten habe; er erhielt zur Antwort, einige Bauerweiber wollten durchaus in die Halle, um den Neuwermählten Geschenke zu bringen, da es aber nur gemeines Volk sei, so wollten sie die Knechte nicht einlassen. Merich gab Befehl, sie vorzubringen, denn die Sprüche der Bürger hatten ihm gefallen und auch von den Bauersleuten versprochen er sich kurzweil. Die Knechte gaben Raum, und Georg erblickte zu seinem Erstaunen die runde Frau des Pfisters von Hardt mit ihrem schönen Lächeln, geführt von der Frau Josef, ihrer Waise.

Schon auf dem Wege in die Kirche hatte er die holden Züge des Mädchens von Hardt, die er nicht aus seinem Gedächtnis verloren, zu bemerken geglaubt; aber wichtigere Gedanken und die Heiligkeit des Sakraments, die seine ganze Seele füllten, hatten die flüchtige Erscheinung verdrängt. Er verkehrte die Gesellschaft vor die Knechten seien, und mit großem Interesse blickte sie alle auf das Kind jenes Mannes, dessen wunderbares Eingreifen in das Schicksal des Herzogs ihnen oft so unbegreiflich gewesen war, dessen Träne so erhaben, dessen Blide in der Hand so willkommen erschienen war. Das Mädchen hatte die blonden Haare, die offene Stirne, die Züge ihres Vaters; nur die Blide, die aus seinen Augen, die Kühnheit und Kraft, die aus seinem Wesen sprach, war bei ihr, wenn sie nicht schüchtern und blöde war, in eine neudeute Freundlichkeit und in züftiges, behendes Wesen übergegangen. So hatte sie Georg erkannt, als er im Hause des Pfisters wohnte; doch heute schenkte sie vor den vielen vornehmen Leuten etwas schüchtern, ja es wollte ihm sogar scheinen, als sei ein neuer Zug in ihr Gesicht gekommen, den er früher nicht an ihr bemerkt hatte, eine gewisse Behauung und Trauer, die sich um ihren Mund und in ihren Augen ausdrückte.

Die Pfistersfrau wußte, was Lebensart sei, sie verbeugte sich daher von der Türe der Treppe in einem Fort, bis sie zum Stuhle des Herzogs kam. Frau Josef hatte noch die Röte des Bornes auf ihren maneren Wangen, denn die Landsknechte, namentlich der Radeburger und Kaspar Stoberl, hatten sie

schädelig belächelt und sie eine hürre Stanae geheißen. Sie

Die Ne...

Der ... mehr den ... 1910 im ... Dr. Wolke ... fies ... den, da ... sah, was ... nimmt ... liegt, best ... Eigenum ... 100 Sel ... werden d ...

Bei d...

einer in ... angegan ... die Stan ... Standpun ... für Baden ... die Land ... nach von ... seien. Ein ... beschies, d ... rung hab ... bings nich ... ten, bei d ... Hausgarte ... der Kom ... oermeiden ... Fähigkeit ... genante ... an, keine ... selbständi ... beiten die ... den ihrer ... Möglichei ... tiffe.

„Alles ... scheidungs ... eine Entz ... ien Behin ... Rechner d ... Reiten ei ... tian be ... gegenwärt ... nahrung ... gegenwär ... während ... zuziehen ... das Gesel ... senne, da ... für sich ... deren M ... wurde de ... durch ein ... rns wal ... daß es ... delung h ... nicht rät ... Gemeinde ... Semtrate ... wurde de ... fortwirk ... ohne Mü ...

Bon...

„Bon ... daß die ... schloffen ... eine allg ... Reiche Fre ... die Konfir ... tion, zur ... ist der Gr ... wenn der ... nach und ... aus uns? ... als, die r ... das Los d ... Herzen ein ... bleibt eine ... Verwirkli ... Wehnachts ... für die Zu ...

Der...

Der ... Schwere ... stliche Fr ... Berleben ... Regierung ... der Eber ... er führt ... von Offi ... sen Er ... Putz h ... geiterich ... Republik ...

Ich...

Ich ... militäri ... len zur ... nis-Am ... hatte ich ... organs ... um 6 U ... trage in ... über de ... klar, da ... bechrän ... möglich ... Meinen ... wir wen ... tung un ... der Lof ... hängigen ... denen A ... Gleich ... wollte i ... zu den ... oder ob ... hellen u ...

Ebe...

Ebe ... Putzsch ... unten in ... mandos, ... eine zu ... Sandgr ...

Die Regelung des badischen Siedelungswesens

Der Verfassungsausschuss des badischen Landtags hat nunmehr den Kommissionsbericht zu dem Entwurf des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichssiedelungsgesetz vom 11. August 1919 im Druck erscheinen lassen. Das vom Reichsminister des Innern Dr. Gothein sorgfältig bearbeitete Material gibt ein übersichtliches Bild der Verhandlungen. Der erste Entwurf eines badischen Siedelungsgesetzes mußte bekanntlich zurückgezogen werden, da er schon bei 50 Stimmern die Entzweiungsmöglichkeit vorlag, während das inzwischen erlassene Reichssiedelungsgesetz, das nunmehr dem Landtag für das Ausführungsgesetz zu Grunde liegt, bestimmt, daß landwirtschaftlich genutzter Grundbesitz im Eigentum von Personen, deren gesamtes Eigentum dieser Art 100 Hektar nicht erreicht, zu Siedelungszwecken nicht enteignet werden dürfte.

Bei den Besprechungen wurden mehrfach die Resolutionen einer in Adolfozell abgehaltenen Bauernversammlung herangezogen. Weiteres agrarwirtschaftliches Material lieferten die Landesbauernschaften. Der Arbeitsminister richtete auf dem Standpunkte der Notwendigkeit einer inneren Siedelung auch für Baden. Um eine Rückwanderung von Industriearbeitern in die Landwirtschaft könne es sich nur infoweit handeln, als sie nach von früher her im Besitz landwirtschaftlicher Erfahrungen seien. Eine Vermehrung des rein landwirtschaftlichen Siedelungsbesitzes, der ohnehin schon in Baden eine übermäßige Ausdehnung habe, sei überall auszuschließen. Man suche, was allerdings nicht Sache des Siedelungsgesetzes ist, Maßregeln zu treffen, bei allen neu gebauten Arbeiterdörfern auch für einen Hausgarten zu sorgen, der mindestens der Gemeindefürsorge der Familie diene. Eine Aufteilung der großen Höfe sei zu vermeiden; nur eine Verkleinerung sei, ohne daß die Leistungsfähigkeit verringert werde, zu erwägen. Zu fördern ist die sogenannte Mutterkolonisation, d. h. die Zuteilung von Ackerland an kleine Landwirte, um deren Betrieb bis zur Größe einer selbständigen Ackerabteilung zu vergrößern. Hierzu diene auch die Verdrängung des Gemeindefürsorgebesitzes, indem die Gemeinden ihrerseits weiter verpacketen, wie denn das Reichsgesetz die Möglichkeit neuer Besitzformen und die Umgestaltung alter erzieht.

Allgemein wurde in der Beratung betont, daß das Reichssiedelungsgesetz nur auf wirtschaftliche Zwecke beschränkt sei und eine Enteignung nur zu Zwecken der Siedelung unter bestimmten Bedingungen zulasse. Zudem auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, behielten sie sich jedoch für spätere Zeiten ein Zurückgehen auf die Sozialisierung der Siedelungsberechtigten vor, erkannten jedoch an, daß die gegenwärtige Lage landwirtschaftlicher Produktion und der Ernährung der industriellen Bevölkerung weitere Eingriffe in die gegenwärtigen Besitzverhältnisse nicht zulassen lassen, während im Prinzip eine genossenschaftliche Bewirtschaftung vorzuziehen sei. Allgemein anerkannt wurde der Grundgedanke, daß das Gesetz nur eine Enteignung zu Zwecken der Siedelung zulasse, daß alle anderen Zwecke, so wünschenswert sie an und für sich je mögen, nicht durch dieses Gesetz, sondern auf anderem Wege zu verwirklichen sind. Von verschiedenen Seiten wurde deshalb die Notwendigkeit betont, das Siedelungsgesetz durch ein Landesgesetz zu ergänzen. Bezüglich des Verfahrens warb man für die Anwendung des Reichsgesetzes, wobei allerdings die Gemeinden durch Vermittlung der Regierung durch langfristige Kontrakte Holz und Streulieferungen sichern. Beidlos wurde dem § 1 Abs. 2 des Entwurfes, der die Enteignung von forstwirtschaftlich benutztem Grundbesitz zu Siedelungszwecken ohne Rücksicht auf die Größe vorzuziehen, zu streichen.

Von der Regierung wurde sehr entschieden hervorgehoben, daß die Beschaffung von Land in der Nähe der großen Städte fast nur durch Waldrodungen möglich sei. Es wurde deshalb beschlossen, dem Landtag eine Resolution vorzulegen, wonach eine allgemeine Untersuchung der Wälder, Aebde, Weiden und des Umlandes in ganz Baden vorzunehmen ist, nach deren Ergebnis ein langfristiger Siedelungsplan aufgestellt werden soll, wobei auf jeden Fall eine geordnete Forstwirtschaft beizubehalten ist. Während im Schwarzwald und in der Gegend wenig Aussicht auf Erhebung von Wald durch landwirtschaftliche Betriebe vorhanden ist, findet sich in der Ebene und im Hügelland kulturfähiger Boden in großer Ausdehnung, wobei allerdings bezüglich der Bodenbeschaffenheit mit großer Vorsicht vorzugehen ist. Den großen Döfen wurde nachgeredet, daß sie während des Krieges und auch jetzt noch die Stütze der Volksernährung der größeren Städte gewesen sind, ebenso wie sie als Vorbild für rationellen Betriebes unentbehrlich sind. Die Aufteilung großer Höfe in kleinere Betriebe und die Enteignung derselben will die Regierung nicht völlig ausgeschlossen wissen; auch eine Verkleinerung auf das zulässige Maß von 100 Hektar könne stattfinden, besonders wo überdürrte Landgemeinden der Nachbarschaft notorisch an Landmangel leiden. Der Ausschuss beschloß

dem § 1 Abs. 1 des Entwurfes den Zusatz beizufügen: Gut bewirtschaftete große Höfe dürfen nicht enteignet werden.

Viele Klagen wurden über die Klammere erhoben. Den Gemeinden liegt die Verpflichtung ob, für deren gute Bewirtschaftung zu sorgen. Ein Zustand wie er sich auf den Klammern der dichtbesiedelten Rheinebene vorfindet, dürfte nicht mehr geduldet werden. Die Untersuchung des siedelungsfähigen Landes soll sich deshalb besonders auf die Klammere erstrecken.

Wenn zugewiesenes Land nicht mehr dem Zwecke der Siedelung entspricht, stellt das Reichssiedelungsgesetz ein Wiederkaufrecht des Siedelungsunternehmens, als welches in Baden zunächst der Staat gelten würde, und des früheren Eigentümers fest. Als der normale Weg wurde von der Regierung die Überweisung des enteigneten Siedelungslandes an die Gemeinden, die für geeignete Weiterverpackung zu sorgen hätten, angesehen. Dagegen wurden im Ausschuss Bedenken erhoben, da damit innerhalb der Gemeindeverwaltung angelegten Bürger der sogenannten „Bettler-Bürgerschaft“ für und vor geöffnet wird. Die Gemeinden ziehen es deshalb vor, Parzellen selbstständig also zur völlig freien Verfügung zu erwerben, welches sie alsdann teils verpachten, teils parzellenweise verkaufen. Allgemein in der Vorberatung gerührt wurden die Vorteile der Parzellenweise, da sie gerade den kleinsten Besitzern und den fehlenden Kapitalverhältnissen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb ermöglicht und gleichzeitig den größeren Besitzern die Möglichkeit der Zuteilung schafft. In einer Resolution wurde eine Untersuchung des Siedelungswesens und eine möglichst einheitliche Reform desselben gefordert. Die Meinung ging dahin, daß die Siedelung ein rein privatwirtschaftliches Verhältnis fortzusetzen ist durch Aufnahme öffentlicher Elemente, vor allem durch Beteiligung der Gemeinden oder der Pächter bei der Festsetzung der Pachtpreise.

Bezüglich der Entschädigung wurden dem vorliegenden Entwurf die Worte „zu einem angemessenen Preis“, angefügt. § 1 Abs. 1 wurde dann dahingehend vervollständigt, daß bei Festsetzung der Entschädigung vorübergehende Wertsteigerungen, die auf außerordentliche Verhältnisse des Krieges oder der Nachkriegszeit zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden dürfen.

Ein sozialdemokratischer Antrag ging dahin, die Entschädigung für das zu Siedelungszwecken zu enteignete Land in der Weise festzusetzen, daß als fester Betrag der Preis des Jahres 1913 bezahle, außerdem aber als Ausgleich für den verminderten Geldwert eine jährlich festzusetzende variable Zuschlagsgrenze gewährt werde, die jedoch 100 bis 150 v. H. des Friedenspreises nicht übersteigen dürfe. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Allgemeine Zustimmung fand der § 9 des Entwurfes, der der staatlichen Verwaltungsbefugnisse die Befugnis vorbehält, Anträge auf Enteignung zu stellen, aber dem Arbeitsministerium vorbehalten, diese Befugnis auf Gemeinden, Kreis- und Bezirksverbände oder gemeinnützige Unternehmungen zu übertragen.

Eine bedeutungsvolle Einigung in das Gesetz bedeutet der Antrag der Kommission, einzufügen als § 1 Abs. 2: „Bei Gemeinden sowie Ämtern, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts kann die Enteignung nur stattfinden, wenn dringende wirtschaftliche Gründe es verlangen.“

Zur Behandlung der Gesamtfrage wählte der Verfassungsausschuss in seiner Mehrheit, daß in dem zu diskutierenden Siedelungsgesetz die sämtlichen Paragrafen des Landtags verlesen seien, daß auch die Siedler ebenso wie die Staatsbedürftigen, die mit dem Siedelungsgesetz in Verbindung kommen, bei seiner Annahmehaltung berücksichtigt werden. Die Ermennung des Siedelungsausschusses bleibt dem Ministerium überlassen. Der Ausschuss soll einseitig für das ganze Land gebildet werden, wobei aber nach Bedarf Unterausschüsse gebildet werden, die sich durch Sachverständige ergänzen. Die Bildung des Landes-Siedelungsausschusses soll durch Verordnung, nicht durch Gesetz, erfolgen, wobei er immer nur eine beratende, keine verwaltende Stellung einzunehmen hat. Demnach wird in das Gesetz folgender bedeutungsvoller § 6 eingefügt:

„Zur Beratung des Arbeitsministeriums in allen Fragen des Siedelungswesens und der Landesverwaltung sowie zur Durchführung der aus dem Reichssiedelungsgesetz und aus diesem Gesetz sich ergebenden Aufgaben wird ein Landes-Siedelungsausschuss eingerichtet. Er besteht aus dem Arbeitsminister oder seinem Vertreter als Vorsitzenden, aus 3 bis 6 vom Landtag zu wählenden Landesparlamentariern, aus höchstens 10 vom Arbeitsministerium zu ernennenden Vertretern der am Siedelungswesen beteiligten Verbände und Körperschaften und aus je 3 Vertretern der Arbeiter und der Bauern, die dem Siedelungswesen angehören.“ Die Vertrauensleute der Arbeiter werden nach Anhörung von Organisationen, welche die Interessen der Arbeiter vertreten, vom Arbeitsministerium ernannt. Die Vertrauensleute des alten Reiches werden von der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer gewählt. Das Arbeitsministerium kann zur Prüfung, Beratung und Entscheidung von Siedelungsgesetzen die Sachverständigen beiziehen. Die Mitglieder sind für Amtszeit ernannt aus. Sie erhalten jedoch Entschädigung für Arbeitslohn.

Aus den Kämpfen mit Spartakus

Der 6. Januar 1919 ist ein Unglückstag von besonderer Schwere für die junge deutsche Republik und für die sozialistische Bewegung gewesen. An jenem Tage führten in Berlin verbündete fanatisierte Arbeitermassen gegen die sozialistische Regierung der Republik und inszenierten die „Märzrevolution“ der deutschen Revolution. Der wahnsinnige Ruf: „Marsch auf die Reichsbank“ führte zur Bildung von Freikorps unter der Leitung von Offizieren und gab der bisher niederknurrenden Reaktion den ersten kräftigen Lebensimpuls. Die Schuldigen an jenem Ruf haben sich schwer an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, wie an der so notwendigen Befreiung der deutschen Republik vergangen.

Ich hatte am 5. Januar Berlin mit Urlaub von meinem militärischen Posten verlassen, um als Kandidat für die Wahlen zur Nationalversammlung in meinem Wahlbezirk (Chemnitz-Zwickau) tätig zu sein. Neben der redaktionellen Tätigkeit hatte ich die redaktionelle Leitung unseres Zwickauer Parteiparagraphen während der Wahl übernommen. Am 7. Januar früh um 6 Uhr begann ich meine Redaktionsarbeit in der Poststraße in Zwickau und fand als erste Redaktionsarbeiten die Redaktionen über den Spartakusputsch in Berlin vor. Sofort war mir klar, daß der putschistische Wahnsinn sich nicht nur auf Berlin beschränkte, vielmehr auch in anderen Orten mit verhältnismäßig starker sozialistischer Bewegung ebenfalls ausbrechen würde. Meinen Redaktionskollegen sagte ich sofort: „Kollegen, daß auf, wir werden wahrscheinlich heute noch „angenehme“ Unterhaltung und Abwechslung bekommen.“ In Zwickau hatten, dank der Disziplin der Arbeiterklasse, die Spartakisten und Unabhängigen den Soldatenrat völlig in Händen; die noch vorhandenen Truppenteile standen mindestens unter ihrem Einfluß. Gleich nach Erlebung der notwendigen Redaktionsarbeiten wollte ich versuchen, bei den Soldaten zu sondieren, wie sie sich zu den Vorkäufen stellen, ob sie für Spartakus sich erklären oder ob sie schließlich, wie es damals öfters vorkam, sich neutral stellen wollen.

Oben dabei, in einem Artikel den Wahnsinn dieses Berliner Putschs zu schildern, hörten wir erregtes Stimmengemisch unten im Saale, Getrappel auf den Treppen und kurze Kommandos. Sie kamen also. Im nächsten Augenblicke wurde die eine zur Redaktion führende Tür aufgerissen, mit Gewehren, Handgranaten und Pistolen bewaffnete, in Matrosenuniform gekleidete Gefreiten traten herein. Der Anführer schrie mit

Stentorstimme: „Wir haben das „Sächsische Volksblatt“ beschlagnahmt. Alle Ausgänge sind mit Posten besetzt, die Herren haben in einer halben Stunde die Redaktion zu verlassen.“ Zwei der lebenswichtigen Frühbesucher, die sich unmittelbar an meinem Schreibtisch postierten, wogen ihre Knarren in den Händen, wobei ich sah, daß die netten Menschen ihre Schießprügel entschärft hatten. „Bitte, meine Herren, sichern Sie freundlichst zuerst einmal ihre Gewehre. Wenn Ihnen zufällig ein Schuß losgehen und, o, o, mich treffen würde, so wäre mir das immerhin unangenehm und wenn ein solch unübersehbares losgehender Schuß den einen Ihrer Kameraden treffen würde, so wäre das sicherlich doch für Sie, meine Herren, auch nicht angenehm.“ Ein bishen erkannt haben mich die Herren Spartakisten an, legten dann aber den Sicherungshebel um und nahmen „Gewehre bei Fuß“ Stellung. Ich hatte namens der Redaktion Protest gegen die widerrechtliche Besetzung unseres Parteizentrums ein und erhielt, was ich natürlich auch erwartet hatte, zur Antwort: „Wir haben jetzt die Macht und damit auch das Recht.“

Wie man sieht, wickelte sich alles in höchster Weise und durchaus tolleren Formen ab. Der Anführer der bewaffneten Spartakisten war ein aus Berlin gefommener Schauspieler; ob Naturbursche oder Helldarsteller von Haus, weiß ich nicht. Nebenher nahm er eine Haltung an, die vermuthlich auf den Brettern, die die Welt bedeuten, Eindruck gemacht haben würde. Als ich mir — ich bin ja ein leidenschaftlicher Raucher — eine Zigarette anzündete, rückte der Herr Befehlshaber mir lebenswichtig Feuer und zündete sich, meinem Beispiel folgend, eine Zigarette an. „Es trifft sich gut, mein Herr“, sagte ich, „daß Sie eine Zigarette und ich eine Zigarette anstecke, sonst könnte man glauben, wir beide wollten die Friedensbrücke miteinander zünden.“ Er lächelte, die beiden Posten am Schreibtisch sahen der Unterhaltung recht verständnislos zu.

Der Herr Anführer erklärte mir dann noch, daß sie (die Spartakisten) die in der Feststellung begriffene Nummer des „Sächsische Volksblattes“ herauszugeben werden, nur werde auf der ersten Seite ein bereits geschriebener sozialistischer Aufsatz erscheinen. Meinem Bunde, nochmals in die Scheere gehen zu können, wurde entprochen, wo ich schnell Gelegenheit nahm, einem Seher ins Ohr zu flüstern: „Acht bitte! Meinetwegen, damit die Zeitung nicht fertig wird. Aber bleibt unter allen Umständen im Betriebe.“ Das geschah auch. Wir Redakteure mußten nach einer halben Stunde das Gebäude verlassen, Seher und Drucker mußten in neutraler und zurecht ihres Amtes, das auch noch

verloren und Reifekosten nach den für die Bezirksräte geltenden Bestimmungen.

Die rarereren Bestimmungen über die Ausschüsse erläßt das Arbeitsministerium.

Kommunistischer Parteitag

Berlin, 7. Dez. Der Parteitag der Vereinigten Kommunisten nahm zu Beginn seiner heutigen Schlußsitzung einstimmig ein Manifest an, das die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands aus Anlaß ihres Gründungskongresses an das deutsche und internationale Proletariat erlassen hat.

Brandler (Berlin) sprach hierauf über Gewerkschaften und Betriebsräte. Obwohl die deutschen Gewerkschaften heute neun Millionen Mitglieder zählen, sind sie nicht imstande gewesen, durch ihre gewerkschaftliche Tätigkeit die absolute Verelendung der gesamten Arbeiterklasse aufzuhalten. Millionen von Arbeitern sind nach dem Kriege deshalb in den Gewerkschaften geblieben, weil sie glauben, die Gewerkschaften würden ihnen eine Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse bringen. In dieser Hoffnung sehen sie sich getäuscht und es ist deshalb die Aufgabe der Kommunisten, die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen umzugestalten zum Sturz der kapitalistischen Staatsform. Brandler stellte in seinem weiteren Ausführungen für die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften eine Reihe von Forderungen auf. Es wäre falsch, bei Lohnbewegungen abseits zu stehen, anstatt sich positiv einzusetzen. Nur wenn die Kommunisten im Lohnkampf ihre ganze Kraft einsetzen, können sie auch auf die Ungleichgültigkeit dieser Lohnbewegungen allein hinweisen und die Arbeiterklasse für den weitergehenden Kampf um die Kontrolle der Produktion stärken. In gleicher Weise dürfen wir nicht zurückweichen, uns mit einem Tarifvertrag oder Schiedsspruch abzufinden, obwohl auch diese nur ein Ausfluß der Schwäche im Sinne des Endkampfes sind. Ausschlaggebend ist die Erreichung eines möglichst großen Erfolges. Die Arbeitsgemeinschaften, die nur der Existenz der Bourgeoisie dienen, sind von uns zu bekämpfen. Die geforderte Sozialisierung des Bergbaues ist ein Arbeitsgemeinschaftsschwindel. Die Bergleute begehnen diesem Schwindel am besten dadurch, daß sie die peinlichste Kontrolle der Produktion erzwingen und den Absatz der Kohlen in die Hand nehmen. Alle diese Forderungen werden wirksam unterstützt, wenn eine Umformierung der Betriebsgewerkschaften zu großen industriellen Verbänden durchgeführt wird. Die Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit der kapitalistischen Staatsmacht können nicht unabhängig vom politischen Kampf geführt werden. Der Kampf um die unmittelbare Verbesserung der Existenz der Arbeiterklasse kann nur erfolgreich sein, wenn die Gewerkschaften bewußt kommunistisch sind.

Brandler schloß mit dem Hinweis, daß der Weg der Gewerkschaftsinternationalen von Amsterdam nach Moskau führe. Zur Erreichung der dazu notwendigen Revolutionierung der Gewerkschaften müßten sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zu Fraktionen zusammenschließen, um von der Propaganda zur Aktion überzugehen.

In der sich anschließenden Debatte wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften bestrebt seien, Lohnämpfungen anzufangen, um durch die Auszahlung für die Streiktag ihre Kasse nicht schwächen zu müssen. Dem Einwand, daß die Agitation in den Gewerkschaften mit besonderer Schwierigkeit verbunden sei, da den kommunistischen Agitatoren der Ausschluß drohe, wurde mit der Forderung begegnet, offen und ehrlich den Kommunismus in den Gewerkschaften zu vertreten. Für die Führer müsse gelten, in erster Linie Kommunist zu sein und in zweiter Linie Gewerkschaftsbeamter.

Die Leitende für die Taktik der Kommunisten in den Gewerkschaften wurden darauf angenommen. Es folgte ein umfassendes Referat.

Alara Rejins über die Frauenfrage, in dem sie die Forderung aufstellte, für die volle politische Gleichberechtigung der Frauen zu wirken, um sie auch in die revolutionäre Kampffront mit einzubeziehen. Die Reife des Proletariats für den revolutionären Kampf sei da, denn das Proletariat sei zu Aktionen bereit. Die Reife liege in den tätigen Mitteln des Proletariats, das bisher nur unter dem Mangel an Selbstbetreuen gelitten habe. — Dem Referat Alara Rejins folgte eine kurze Diskussion, worauf besondere Richtlinien für eine umfassende Frauenagitation im ganzen Reich angenommen wurden. — Bei den Wahlen zu den zentralen Körperlichkeiten wurden zu Vorschlägen der Vereinigten kommunistischen Partei Dr. Paul Lebtz und Ernst Dümmig gewählt.

Nach Erledigung einer Reihe von Resolutionen und Anträgen erklärte der Vorsitzende Pie! in einem Schlußwort, daß der Parteitag grundlegende und zielgebende Richtlinien beschlossen und dabei Großes geleistet habe. Es sollte noch Großes zu leisten, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen und mit

mittags die Zeitung immer noch nicht fertig wurde. Ueberhaupt hielt sich das technische Personal kläglich.

Was nun weiter. Die Zeitung durfte natürlich nicht im Besitze der Herren Spartakisten bleiben. Genosse M. fuhr sofort nach Plauen i. V., um mit dem dortigen Soldatenrat zu sprechen, ob er uns genügend Mannschaften zur Verfügung stellen will und kann um das „Volksblatt“ zu ändern; ich fuhr nach Chemnitz, um vom Soldatenrat Gewehre Karabiner Handgranaten und Pistolen zu holen. Die Zwickauer Garnison erklärte sich neutral d. h. sie pflegte die heftigsten Debatten darüber was sie tun soll. Die Plauerer erklärten sich grundsätzlich bereit, die Spartakisten auszuheben, aber aus bestimmten Gründen konnte das erst in drei Tagen geschehen. Die Chemnitzer sagten Waffen zu, die aber infolge eines unglücklichen Umstandes nicht nach Zwickau gelangten.

Abends schrieb ich ein Flugblatt, das wir in bürgerlichen Druckereien in Weiden, Chemnitz und Reichenbach drucken und an anderen Tage früh verbreiten ließen. Am Sonntag mittags hatten wir die Arbeiterklasse zu einer Protestkundgebung auf dem Anger in Zwickau aufgerufen. 30.000 Arbeiter vornehmlich Bergleute, versammelten sich und als sie dann in langem Zuge an dem besetzten Gebäude des „Volksblatt“ vorüberzogen, kam es zum Krach. Zwar lautete die Parole: „Unter keinen Umständen einen Angriff unternehmen, bis Waffen da sind.“ Diese Parole wäre bei der Disziplin der dortigen Arbeiter auch innegehalten worden, wenn die Herren Spartakisten in ihrer eroberten Festung, die mit Maschinengewehren bestückt worden war, sich nicht zu den schwersten Provokationen herabgelassen hätten. Die Arbeitermassen hätten hinreichend lassen. Die Entzündung der Masse wuchs, offenbar aber auch die Angst der Arbeiter und schließlich eröffneten sie das Feuer auf ihre unbewaffneten Kameraden. Ein Later und mehrere Verwundete waren das Resultat dieses Ueberfalls.

Nun gab es kein Besinnen mehr. Wenige Minuten später hatten wir aus der zunächst zurückflutenden Menge etwa 80 im Felde geworfene Kameraden ausgeschußt, mit denen es im Laufschritt nach dem Bahnhof ging, wo eine etwa 50 Mann starke Patrouille der Garnison war. Ehe sich die Jungen Soldaten besinnen konnten waren sie entwaffnet, die vorhandene Munition in unseren Händen und dann, wieder im Laufschritt ging zurück zur Poststraße. Von drei Seiten nahmen wir nun das Gebäude umringelt. Da es Sonntag war, also unser technisches Personal sich nicht im Gebäude befand, brachten wir keine Besondere Anordnungen auf. Damit die Spartakisten

alle Kraft darauf hinzuwirken, die Massen zur Aktion zu zwingen. Die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland würden nach dieser Aktion schreien. Ein Sowjetdeutschland, vereinigt mit Sowjetrußland, werde die Macht bilden, um die übrigen Völker der Erde anzufeuern, auch in ihren Ländern den Kapitalisten die Entscheidungsschlacht zu liefern. Viel schloß mit einem von der Versammlung lebhaft aufgenommenen Hoch auf die Weltrevolution, die kommunistische Internationale und die deutsche Räterepublik, den Parteitag.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

- Bildungsvorträge**
- Uttman: 12. Dez., 8 Uhr, im „Strauß“. Thema: Arbeiterschaft u. Sport. Ref.: Gen. L. u. r. a. f. - Weingarten.
 - Jöhlingen: 12. Dez., im „Bad Hof“. Thema: Arbeiterschaft und Sport. Ref.: Gen. G. i. e. l. e. - Karlsruhe.
 - Sangensteinbach: 12. Dez., 2 Uhr, in der „Reithalle“. Thema: Versicherungswesen. Ref.: Gen. E. r. d. - Karlsruhe.
 - Görsingen: 12. Dez., 2 Uhr, im Rathausaal. Thema: „Partei-programm“. 2. Vortrag. Ref.: Gen. F. i. s. h. e. r. - Karlsruhe.
 - Affesheim: 12. Dez., 8 Uhr, im „Grünen Hof“. Thema: Christentum und Sozialismus. Ref.: Gen. G. ö. h. n. - Karlsruhe.
 - Achern: 12. Dez., 8 Uhr, in der Realschule. Thema: „Sozialisierungsfragen“. Ref.: Gen. H. o. r. t. e. r. - Karlsruhe.
- Wissen ist Macht! Genossinnen und Genossen, benützt diese Gelegenheiten, um euch weiter zu bilden, bringt auch Freunde unserer Sache mit, von denen ihr glaubt, daß sie für uns gewonnen werden können.**
- Das Parteisekretariat: Oskar Zink.

Späth, 8. Dez. (Sozialdemokr. Verein.) Am Samstag, 11. ds. Mts., findet im Gasthaus „Zur Sonne“ unsere Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht, da wichtige Angelegenheiten betr. Weihnachtsfeier zu erledigen sind.

Aus dem Lande

- Wörzheim, 7. Dez.** In Wörzheim kürzte der 18jährige Sohn des Wirts Wessinger beim Spielen in einem Holzsplitter, der die Wange und Jungs durchbohrte. An der Verletzung ist der Knabe gestorben.
- Wannheim, 7. Dez.** Einen frechen Raub begingen an einem der letzten Abende zwei junge Vurschen. Sie sprangen auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen, stießen einen auf der Plattform stehenden Krankenschwerver in die Gasse und sprangen wieder ab. Die Beute enthielt Gegenstände im Wert von etwa 2000 M.
- Wannheim, 8. Dez.** Von Beamten des Landespreiskamts, Zwischelle Wannheim, wurden festgenommen: ein Händler und eine Dardame wegen Schleichhandels mit 40 Pfund Butter; ein Schmied, ein Kaufmann, ein Dreherlehrling und eine Lageristin wegen Schleichhandels mit Zucker und eine Schlosserlehrling von Sandhofen wegen Verkaufs von Brotmarken.
- Wolfsach, 7. Dez.** Zu dem Familien drama, das sich in Ripoldau ereignete, wird noch gemeldet: Fabrikant V. A. M. z. n. z. a. b. aus Weitingen, der seine Frau, seine drei Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren und sich selbst erschossen hat, war im Sommer vorigen Jahres hierher verzogen. Er hatte bereits von einer Heise aus seine Frau benachrichtigt, daß er freiwillig den Tod suchen wolle. Das Dienstpersional, eine Hauskammerfrau, ein Zimmermädchen und eine Köchin, die im unteren Stock der Villa beschäftigt war, wollen nichts von der Unglücksstat gehört haben, obwohl Renrad aus zwei Nebenzimmern 15 Schritte abgeh. Die Frau und die Kinder waren in ihren Betten getötet worden. Renrad selbst hatte sich vor dem Bett seiner Frau erschossen.
- Hörschwand (bei St. Blasien), 8. Dez.** Wie wir von der Landesmeterwaage Karlsruhe erfahren, sollen in dem Höhenkurzort Hörschwand in Zukunft Sonnenschirmmessungen vorgenommen und eine Funkstation errichtet werden.
- Konstanz, 8. Dez.** Oberarzt Dr. Jakob Orth aus Gleisweiler bei Konstanz hat sich in einem heftigen Selbstmord durch Dr. Orth verurteilt, der seine Frau, seine drei Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren und sich selbst erschossen hat, war im Sommer vorigen Jahres hierher verzogen. Er hatte bereits von einer Heise aus seine Frau benachrichtigt, daß er freiwillig den Tod suchen wolle. Das Dienstpersional, eine Hauskammerfrau, ein Zimmermädchen und eine Köchin, die im unteren Stock der Villa beschäftigt war, wollen nichts von der Unglücksstat gehört haben, obwohl Renrad aus zwei Nebenzimmern 15 Schritte abgeh. Die Frau und die Kinder waren in ihren Betten getötet worden. Renrad selbst hatte sich vor dem Bett seiner Frau erschossen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 9. Dezember 1920

Ein flaches Teufelsgewitter über Süddeutschland brachte in der verlassenen Nacht in Mittel- und Nordbaden Schneefälle. Das Wetter ist in Baden meist trübe und neblig. Ein Hochdruckrücken, der von Westrußland über die Gode- und Nordsee zieht, wird uns wieder östliche Entspannung bringen. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht 12 Uhr: Meist bedeckt, zunächst noch geringe Niederschläge, neblig.

nicht Sabotage an den Maschinen verüben konnten, nahmen drei Mann den Korridor zwischen dem Vorder- und dem Maschinengebäude von Arbeiterwohnungen aus unter Feuer. Jetzt war es aus mit dem Helmenute der Herren Eroberer. Unter dem stürmischen Jubel der nachdrängenden Masse stürmten Trupps den Haupteingang, die Spartakisten waren gefangen. Ebenso schnell waren Wagen geholt, um die Herren nach dem in Waidau befindlichen Landesgefängnis abzuführen. Aber noch war ein mühseliges Stück Arbeit zu verrichten: die erbitterte Ränge wollte die gefangenen Spartakisten hängen. Es bedurfte der ganzen Autorität und aller Kraft der führenden Genossen der Masse Kar zu machen, daß man sich an Gefangenen nicht vergreift. Die Erbitterung der Leute war eben zu groß. Es gelang aber, die Masse von ihrem Vorhaben abzuhalten und die Gefangenen unversehrt abzuführen. Nur der Führer der Waidauer Spartakisten, ein Herr Schubert, wurde schwer verletzt. Er, als tapferer Weltrevolutionär, versuchte auszuweichen, jedoch ihm unser Schutz nicht zuteil werden konnte. Wir konnten ihn lediglich nach vor dem Altersheim bewahren; wochenlang lag er jedoch im Krankenhaus.

Wie sah jedoch das Gebäude des „Volksblatt“ aus? Kaum noch eine Scheibe war ganz geblieben. Der Aufsatz des einen Schreibzisches war förmlich von Kugeln durchlöchert, Wände, Türen Wiber und Bücher hatten bei dem Feuergefecht schwer gelitten. Und die Herren Spartakisten hatten in den drei Tagen ihrer Anwesenheit in den Räumen hies gehaust. Die Garnison übernahm, nachdem alles vorüber war, nunmehr helbenmütig den weiteren Schutz selbstverständlich gegen alle Vergehungen und ausgezeichnete Verpflegung. Der Spartakistenreich hatte die eine gute Wirkung, daß er die Waidauer Arbeiterschaft und die der nächsten Umgebung heilte. Weder Spartakus noch die Unabhängigen brachten es speziell in Waidau seither zu beachtlicher Stärke. Gefreit haben sich aber damals die reaktionären Fernparteien und andere arbeitserfindliche Herrschaften, als sie sahen, daß die Arbeiter sich selbst bekämpfen und sich, dank dem Spartakistischen Anführer, förmliche Gefährte liefern. Aus solchen Vorzügen schöpft die Reaktion ihre erste Kraft, die sie seither weiter entwidelt hat.

Isesgrim.

Aus der Stadt

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Mühlburg, Sonntag, 12. Dez., nachmittags 1/4 Uhr, im „Girch“ große Parteiversammlung. Tagesordnung: 1. Der Bad. Parteitag. Referent Gen. N. u. n. g. 2. Die politische Lage. Referent Genosse Schöpflin. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Lokal ist geheizt. Volksfreund-leser sind willkommen.

Morgen Freitag Bibliothekabend! Die umfangreiche Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist morgen geöffnet. Die Bücherausgabe findet von 1/2 bis 1/2 Uhr in der Volkshandlung, Adlerstraße 18, statt. Benützt fleißig die Bibliothek, denn Wissen ist Macht!

Berein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute Donnerstag abend 8 Uhr findet eine Mitgliederversammlung mit Singen, Spielen, Beratung von Anträgen und Ansprache statt. Es sind die letzten Vorbereitungen zur Winterfeier zu treffen, außerdem sind andere wichtige Angelegenheiten zu besprechen. Dringend notwendig ist es deshalb, daß alle Mitglieder erscheinen. — Von 7 Uhr ab ist Bücherausgabe.

Die Winterfeier der Arbeiter-Jugend zählt immer zu den schönsten Familienveranstaltungen der Karlsruher Arbeiterschaft. Auch für die Frier am nächsten Sonntag, mittags 1/4 Uhr im Gemeinbehau der Weststadt ist wiederum ein Programm vorgesehen das sicher jeden Besucher und jede Besucherin zufrieden stellen wird. Neben ernst und heiteren Vorträgen mütterlicher und weiblicher Mitglieder der Arbeiterjugend, werden eine Anzahl Wachen zwei Reigen tanzen, während eine weitere Gruppe Zungenlieder ihre Kunst im Gitarren-, Lauten- und Mandolinenspiel zeigen wird. Im gesanglichen Teil wird weiter Gen. Specht mit einige Liedern Proben ihrer Gesangskunst geben und der „Vorwärts“ mit einer Auswahl aus seinem reichen Liederschatz das Fest verhönern helfen. Frau Neubold die als Jütherrin einen guten Namen besitzt, wird mit Frau Emma Hauke den musikalischen Teil beisteuern. Die Winterfeier hat Gen. Schulmeister Reinmuth, Wörzheim. Die Arbeiter-Jugend laßt alle Arbeiter, Parteigenossen und Parteigenossinnen zu ihrer Winterfeier herzlich ein und hofft auf zahlreichen Besuch. Der Eintrittspreis ist auf 1 M. 15 s festgesetzt, ein Betrag, der sicher möglich zu nennen ist. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind in der Expedition des „Volksfreund“ zu haben.

An die Arbeiterschaft von Karlsruhe!

Kollektiven und Kollegen!

Die Zahl der arbeitslosen, die in den kapitalistischen Wirtschaftskrisen auf der Straße liegen, bemerkt sich von Tag zu Tag. Taglich steigt in diesen Tagen Not und Leid. Der Winter vor der Tür und keine Aussicht auf Besserung. Wir bangen Gedanken die arbeitslosen Familienmitglieder der kommenden Festtage. Wohlthatigkeitsfeste jagen Wohlthatigkeitsveranstaltungen, aber niemand hat bis jetzt einen arbeitslosen Kollegen gedacht!

Der Zentralrat beabsichtigt deshalb zu diesem Zweck eine allgemeine Sammlung in allen Betrieben unter den Kollegen zu veranstalten, um der ärgsten Not der Arbeitslosen während der Festtage zu steuern.

Zeigt Mitleid für eure in Not befindlichen arbeitslosen Kollegen, sammelt überal, auch in den kleinsten Betrieben, bedenk, daß auch Guch das Kos treffen kann, das Meer dieser Unglücklichen zu vergrößern.

Sämtliche Sammlungen müssen am 15. Dezember abgeschlossen sein. Die eingegangenen Gelder sind an das Arbeitersekretariat, Stefanienstraße 74, abzuliefern. Im Verein mit dem gewählten Arbeitsrat wird die Verteilung vorgenommen.

Gewerkschaftskartell — Zentralrat der Betriebsräte Arbeitseigenen

Nachricht des Intendanten Fuchs am Landestheater

In der Tragödie unersetzlicher Leistungen hat ein neuer Akt an Ueberforderung zum Gelingen die Nachricht, daß Herr Intendant Fuchs seine Entlassung angezeigt habe. Es ist natürlich selbstverständlich, daß dieser Schritt nach kaum einjähriger Tätigkeit, während der aber auch nicht der geringste Anlag vorlag, an der künstlerischen Arbeit des Intendanten auch nur die letzte Kritik zu über, nicht von ungefähr kommt, sondern tiefere Ursachen hat. Die Ursachen liegen in Zuständen und Verhältnissen am Landestheater, die nun wohl oder übel, nachdem es den maßgebenden Herrschaften so beliebt, in der Öffentlichkeit einmal geäußert werden müssen. Wir behalten uns also vor, zu dem Nachdruck des Intendanten, der über von der gesamten am Landestheater interessierten Bevölkerung, vom übergrößten Teil des Personals, dem sich Herr Fuchs außerordentlich wohlwollend erzeigte, auf das schmerzhafteste bedauert wird, noch besonders Stellung zu nehmen. Zur Aufklärung, wie in diesem Jurisprudenzspiel gearbeitet wird, lassen wir nachfolgend uns heute früh auf den Tisch gelegene Notizen folgen.

Das Defizit des Landestheaters mit der Höhe von 4 Millionen Mark hat die Grenze der Leistungsfähigkeit seiner Finanzträger erreicht. Regierung und Stadtverwaltung haben deshalb und in Uebereinstimmung mit den Anregungen der Presse (Das stimmt nicht, D. Rch.) eine Einschränkung des Betriebsaufwandes des Theaters gefordert, wie sie selbst auch an anderen Orten verlangt und eingeleitet wird. Die Mittel, die zur unabwendbaren Ausgleichung der Gagen und Pensionen an die Höhe anderer Städte und Angestellten erforderlich waren, können nur so bereit gestellt werden.

Der Intendant des Landestheaters ist deshalb vor längerer Zeit beauftragt worden, dem Verwaltungsrat diejenigen Maßnahmen vorzuschlagen, die Erparungen bei Wahrung der künstlerischen Höhe des Landestheaters ermöglichen. In seiner letzten Sitzung von Ende November ds. J. hat der Verwaltungsrat diese schriftlich unterbreiteten Vorschläge des Intendanten aufgrund seines Vortrages gutgeheißen und ihnen nichts hinzuzufügen gehabt, von seinen Vorschlägen hinsichtlich der Kündigung der einzelnen Mitglieder ohne Einwendung Kenntnis genommen und ihm den Vollzug aller von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen im Benehmen mit den zuständigen Organisationen aufgetragen. Die Verminderung von Sätzen ist dabei noch besonders empfohlen worden.

So schmerzlich die in geschlossenen Betrieben notwendig gewordenen Einschränkungen gerade an einer Kunststätte berühren, so sehr sind sie zukunfts- und soziale Pflicht denn geworden, wenn sie sachliche Bedingung, finanzielle Voraussetzung zur Fortführung der Kunst sind. Der eben geschäzte Gang der Vorverhandlungen bietet die Gewähr der vollen Berücksichtigung künstlerischer und sozialer Notwendigkeiten.

Die Preisbeeinträchtigung der badischen Regierung muß folgendes mitteilen:

Die Intendant des Landestheaters schreibt folgendes: Die in der Stadt verbreitete und auch in einem Teil der Tagespresse veröffentlichte Ansicht, daß der Intendant ein rheinisches Theater übernehmen und vorwiegend aus diesem Grunde sein Entlassungsgeld eingezahlt habe, beruht auf einem Irrtum. Dies sei hiermit ausdrücklich festgestellt. Das Nachtrittsgehalt des Intendanten erfolgte lediglich aus Gründen des Abens. Der Betriebsrat des Personals war vom Intendanten längstens in Kenntnis gesetzt worden, daß, falls der Verwaltungsrat den

Abbau fordern und durchsetzen würde, auch der Intendant aus seinem Amte scheiden würde. Der Intendant sieht wohl ein, daß aus finanziellen Gründen ein Abbau erfolgen müsse, ihm ist aber auch zugleich klar, daß mit dem Abbau und den vermehrten auswärtigen Gastspielen das künstlerische Niveau der Bühne sinken muß.

Eine Szene aus der Tragödie. Vom Landestheater wird gemeldet: Entgegen den mehrfach erhobenen Behauptungen, Herr Ed wäre für eine mehrwöchige Gastreise nach Spanien von der Generaldirektion des Landestheaters beurlaubt, sei hiermit festgestellt, daß dies nicht der Fall ist, sondern daß Herr Ed durch eigenmächtiges Verlassen seines Engagements der Generaldirektion gegenüber betragsbrüchig geworden ist.

Die Nachzimmerwohnung als Eheföder

Folgendes, die heutige Zeit recht charakterisierendes Inserat ist im Dienstag-Abendblatt der „Bad. Presse“ zu lesen:

Verirat

Für Dame, 30 Jahr, mit hübscher, eingerichteter 8-Zimmer-Wohnung und Vermögen, wird auf diesem Wege passende Partie gesucht.

Man muß sagen, die Dame kennt die Note der Zeit und weiß sie zur Ergrütterung eines Lebensgefährten praktisch anzuwenden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Dame sich auf Weihnachten wird verlassen können, denn ist schließlich sie selbst es nicht, die anzusehen wird, so laßt doch wenigstens die Wohnung, insbesondere wenn es sich noch um 5 hübsch eingerichtete Zimmer handelt. Welcher Junggehilfe sollte da nicht ansetzen? Aber die Sache hat noch eine ernste Seite. Fein man muß sich fragen, wie ist es möglich, daß in einer Zeit der drückendsten Wohnungsnot und der Wohnungsraufionierung eine Dame allein über 8 Zimmer verfügen kann. Offensichtlich greift das Wohnungsamt hier ein und sorgt dafür, wenn sich ihre Angelegenheit als richtig erweisen, daß nicht nur die Dame mit ihrem unzulässigen Galan sich glücklich fühlen kann, sondern daß die heimatliche so viel Zimmer abtreten muß, daß noch einige Ehepaare sich ein trautes Heim einrichten können.

Erstellung einer Bewässerungsanlage. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses wird mit dem Badischen Domänenrat ein Nachvertrag über Ueberlassung des ehemaligen großen Exerzierplatzes an die Stadtgemeinde zwecks Erstellung einer Bewässerungsanlage im Wege der produktiven Erwerbslostenföderung zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erschließung des Exerzierplatzes unter Ausnutzung der städt. Abwässer abgehandelt. Die Unkosten im Betrage von vorerst 750 000 M. sollen aus Anlehensmitteln bestritten und dem Anlehensstock innerhalb 30 Jahren aus der Wirtschaft ausgeführt werden.

Von der Bierfabrik zur Konfektfabrik. Die Selbenedische Brauerei in Mühlburg, deren Aktien vor kurzem durch die Brauerei Sinner u. Co. übernommen wurden, ging samt der schloßartigen Villa des Herrn v. Selbened in den Besitz der V. a. b. Landwirtschafstasamner über. Der Kaufpreis beträgt 1 Million Mark. Die Landwirtschafstasamner beabsichtigt aus der bisherigen Brauerei eine Konfektfabrik zu errichten.

Öffentliche Beamtenversammlung. Die auf gestern abend von verschiedenen Beamtenorganisationen in den „Friedrichshof“ abendunter öffentliche Beamtenversammlung hatte einen riesigen Besuch aufzuweisen, sogar die Treppen zum Saal waren so vollgepropp mit Besuchern, daß es unserem Vertreter nicht gelang, in den Saal zu kommen. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Herr Flügel-Berlin, referierte, wie üblich, über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Zeit weite Neben, Direktor Bölscher, kam auf die Verhandlungen zur Besserung des Loses der Beamten zu sprechen, die augenblicklich noch schweben. Die Beamten seien der Auffassung, daß die Neuverteilung vom Reich aus im Wege eines Wahmengesetzes erfolgen müsse und es unerwünscht wäre, wenn jede Landesregierung die Frage für sich behandeln wolle. Beamtenkammern nach bayerischem Vorbild lehnten die Beamten ab; sie forderten Beamtenräte. In der Diskussion kamen u. a. drei Vertreter des Bisterrats zum Wort, die erklärten, daß ihrem Verhalten nicht böser Wille zugrunde liege. Im Schlußwort beehrte Herr Flügel, daß die Notlage der Beamten daher rühre, daß die Verantwortlichen ihre Pflicht gegenüber den Beamten nicht erfüllt hätten. Die deutsche Beamenschaft müsse heute zu einem großen Teile hungern und frieren. Es sei noch 5 Minuten vor 12 Uhr, schloß er, möge nicht die Mitternachtsstunde schlagen, bevor nicht der deutschen Beamenschaft geholfen sei. Referenten und Diskussionsredner erzielten harten Beifall.

Lehrerergänzungsverein. Am kommenden Samstag, 11. d. M., abends 1/2 Uhr, gibt der Lehrerergänzungsverein im großen Saale der Festhalle zur Feier seines 37jährigen Stiftungsfestes ein Konzert. Zunächst bringt das Konzert zwei ganz selten gebotene, wirklich Männerchor des Altmeisters Viski sowie von Schubert in reicher Fülle und kunstvoller Stimmführung. Dem Gedächtnis an A. van Beethovens 150. Geburtstag sind zwei Chöre: „Hymne a die Nacht“ und „Vesper“ gewidmet. Der Schluß bringt zwei edle, innig schöne Volkslieder. Zum erstenmale stellt sich im heiligen Konzertsaal Professor Angelo Aeffisoglou, Pianist aus Wien, vor. Er ist ein glänzender begabter Künstler. Kammeränger von Gorkom wählte seinen Lieber von Schubert im Konzertsaal äußerst selten gebotenen Wiederholung „An die ferne Geliebte“ von Beethoven. Um das Konzert weiteren Kreisen zugänglich zu machen, hat der Verein den Verkauf einer Anzahl Karten der Musikalienhandlung Müller übertragen und bei dem regen Interesse, das den Konzerten des Lehrerergänzungsverein stets entgegengebracht wird, darf mit einer starken Nachfrage gerechnet werden.

Polizeibericht vom 9. Dezember. Unfälle: Welters nachmittags fiel in der Wielandstraße eine 70jährige Witwe anscheinend infolge Altersschwäche zu Boden, jedoch sie in bewußtlosem Zustand mittelst Krankenauto nach ihrer in der Kaiserstraße gelegenen Wohnung gebracht werden mußte. Dort ist sie abends gegen 10 Uhr gestorben. — Am 6. d. M. lief in der Karl Friedrichstraße ein hier wohnhafter Hausmeister hinter einem aufgespannten Regenstirn gegen einen elektrischen Straßenbahnwagen. Der Mann wurde zu Boden geschleudert und trug eine Gehirnerschütterung sowie Verletzungen im Gesicht davon, welche seine Verbringung ins städt. Krankenhaus erforderlich machten. — Ladeneinbruch: In der Nacht vom 7. zum 8. d. M. wurde an einem Laden der Sophienstraße das Schaufenster zertrümmert und 8 Klaffen Vögel, 8 Nisio Bombons, 10 Dosen Milch, 20 Dosen Büchsenfleisch, 20 Dosen Sardinen und 8 Zitronen im Gesamtwert von 1200 M. durch unbekannte Täter entwendet.

Valuta-Bericht vom 8. Dezember

Die Mark notierte heute in der Schweiz 8.65, Auszahlung Holland notierte etwa 22.80 M. pro fl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 11.55 M. per fr. Auszahlung England notierte etwa 256 M. per fr. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 4.40 M. per fr. Auszahlung Neuwoll notierte etwa 74.50 M. per Dollar.

Classico- und des Rheins

Eduardinsel 42, gef. 7 Stm.; No. 148, gef. 1 Stm.; Magau 202, gef. 2 Stm.; Mannheim 178, gef. 5 Stm.



Karlsruher Fußball-Verein e. V.

Schirmherr: Prinz Max v. Baden.

Geschäftsstelle: Karlstr. 6. Tel. 4949.

Donnerstag, den 9. Dez., 1/8 Uhr, im „Mouinger“ Spielerversammlung.

Aufstell. d. Mannschaft für die Weihnachtsreise.

Sonntag, 12. Dez., 1. und 2. Mannsch. in Brötzingen. Treffpunkt 9 Uhr Hauptbahnhof.

Übungsabende: Montag Schwimmabend 1/2 7 Uhr Vier-ortsbad.

Große Auswahl in PELZEN jeder Art besonders

Alaska-Fuchs, Blau-Fuchs, Kreuz-Fuchs. Solide Verarbeitung. Billige Preise.

Nur Zirkel 32. 1 Treppe hoch. W. Lehmann.

Sonntag, den 12. u. 19. von 11-6 Uhr geöffnet.

Puppenwägelchen, Sport oder Kissen, gebt. zu kaufen gesucht.

Auch der GUTE MANTEL muss billig sein!

Der grosse Erfolg unserer letzten Einkaufsreise veranlasst uns, nachstehende Angebote als ganz besondere Weihnachts-Geschenke zu empfehlen.

- Ein Posten Damen-Wintermäntel 3/4 lang, dunkelblau, warmer Winterstoff 62 Mk.
Ein Posten Damen-Winter- und Regen-Mäntel schwere Winterware, Covercoat 98 Mk.
Ein Posten Damen-Wintermäntel schöne Mantelstoffe, große Kragen- und Knopf-Garnitur 145 Mk.
Ein Posten Damen-Wintermäntel gute Stoff-Qualität, moderner Raglan-Schnitt, einfarbig und kariert 195 Mk.
Ein Posten Damen-Wintermäntel weiche, gediegene Qualität, beste Verarbeitung, einfarbig und dunkelkariert 250 Mk.
Ein Posten Damen-Flauschmäntel hochmod. Formen, Raglanschnitt hell und dunkel 315 Mk.
Ein Posten Damen-Flauschmäntel beste Verarbeitung 375 Mk.
Ein Posten Damen-Flauschmäntel gross kariert, aparte helle Modifarben 475 Mk.
Ein Posten Damen-Astrachanmäntel 120 cm lang, ganz auf Serge gefüttert 275 Mk.
Ein Posten Kinder-Mäntel in allen Größen 98 Mk.

Solange Vorrat // Die Mäntel sind nach Preislagen auf Extra-Ständern in unserer Konfektions-Abteilung, 1. Etage, ausgelegt.

GESCHW. KNOPF

Weihnachts-Konzert

Musikverein Karlsruhe (Gewerkschafts-Orchester)

Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr im Apollo-Saal

Eintritt pro Person 2 Mk. Wer sich und seinen Kindern einige schöne, unterhaltende und lustige Stunden bereiten will versäume nicht rechtzeitig nach Karten zu gehen.

Vorverkauf: Wirtschaft zum Apollo, Marlenstraße, Probelokal „Laub“, Kaiserstraße, Ago-Betrieb, Waldstraße 13, Zigarren-Geschäft Wurster, Kreuzstraße 18.

Palmen naturpräpariert Vasenstiele, Steh- u. Hängepflanzen, Laubstauden. W. Sims Nachf., Kreuzstraße 4.

Neu eröffnet! Strumpf-Erneuerungs-Anstalt verbunden mit Maschinen-Strickerei, wo Strickarbeiten aller Art ausgeführt werden.

Sportulster in allen Farben 325.- in allen Größen. A. Pahr, Kronenstr. 49.

Zum Weihnachtsbedarf empfehle Tisch-Bestecke, Taschen-Messer, Scheren, Rasier-Garnituren und Rasier-Messer mit pr. eigenem Hohlschliff.

Heh. Tintelott, Hohlschliffmeister, Amalienstr. 43. - Tel. 4182.

Platin Alt-Gold, Mt-Silber, Brennstifte, Zähne, Gebisse. W. Jung, Kaiserstr. 9.

Alt-Gold, Silber, Platin zählt stets am höchsten. Wilde, Uhrmacher, Kreuzstraße 16.

Hohe Preise! f. getr. Kleider, Anformen, Schuhe, Wäsche, Vorhänge, Federbetten etc. S. Hrelrad, Telefon 5980, Gassenweinstraße 32.

„Stadt Dresden“

Neu eröffnet! Neu renoviert! Schöne Lokalitäten mit Nebenzimmer (Kafee) separatem Weinzimmer. Auserlesene Weine, offen und in Flaschen Kafee mit feinstem Gebäck (eig. Herstellung).

Friedrich Kühn früher Straßburg i. G. Körnerstraße 25, Ecke Göthestraße.

Bund der technischen Angestellten und Beamten (Ortsgruppe Karlsruhe)

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 1/8 Uhr, im Saale III der „Brauerei Löwenbräu“ (Goldmann) Erweiterte Mitgliederversammlung

- Tagesordnung: 1. Herr Bürgermeister Schneider, Karlsruhe, berichtet über Wohnungsfrage. 2. Bericht über die Verhandlungen betr. Erhöhung unserer Teuerungszulage. 3. Verschiedenes.

Landesausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege

Sonntag, den 11. Dezember 1920, 1/6-8 Uhr im Konzerthaus

Werbeabend für die Sache der Jugendpflege.

Tänzerische Vorstellungen, Reigen, musikalische Darbietungen. Vorführung des einzigart. Prachtfilms Die Wunder des Schneeschuhs.

Das Reinertragnis ist für Oberschlesien bestimmt. Numerierte Sitzplätze (einschliesslich Saalgebühr und Garderobegeld), im Saal und Galerie Mitte 3 Mk., Galerie Seite 2 Mk.

Badisches Landestheater

Donnerstag, den 9. Dezember 1920 3260 Schüllermiete B 2. Die Geschwister. Der eingebildete Kranke.

Empfehle mich im Anfertigen neuer Herren-Kleider sowie Umändern und Umgarnieren zu den billigsten Preisen.

Christ-Bäume!

Größte Auswahl in Rot- und Weißtannen. Kaiserergarten, Kaiser-Allee 23.

Färberei u. chem. Wasch-Anstalt

Geschw. J. & F. Schmitt Hauptgeschäft Scheffelstr. 53. Liefern in 8-10 Tagen in allen Farben. Spezialität: Färben nach Muster.

„Stadt Dresden“

Neu eröffnet! Neu renoviert! Schöne Lokalitäten mit Nebenzimmer (Kafee) separatem Weinzimmer. Auserlesene Weine, offen und in Flaschen Kafee mit feinstem Gebäck (eig. Herstellung).

Friedrich Kühn früher Straßburg i. G. Körnerstraße 25, Ecke Göthestraße.